

den (vgl. Wright 2023: 28). Dabei sollten erstens Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen eine Rolle spielen, die ursächlich für die ursprüngliche Klassenspaltung sind. Zweitens würde man das Prinzip der »Chancenhortung« betrachten, worunter die institutionellen Ausschlussmechanismen im Bereich der Ökonomie einer Klassengesellschaft anzusiedeln sind.<sup>35</sup> Drittens spielen aber auch individuelle Eigenschaften bei der integrierten Klassenanalyse eine wichtige Rolle, da sie Identifikationsmerkmale für die Einordnung in bestimmte Klassen bereitstellen (vgl. ebd.: 29).

Wenn ich also im Folgenden von »unteren Klassen«<sup>36</sup> spreche, meine ich damit diejenigen, die aufgrund individueller Merkmale wie geringer Bildung, Armut oder bestimmten Verhaltensweisen vom »Blick nach unten« betroffen sind, in diese Lage durch die ursprüngliche Klassenspaltung in Arbeitgeber (Kapitalisten) und Arbeitnehmer gekommen sind und durch bestimmte Maßnahmen von den »oberen« Klassen am ökonomischen Aufstieg gehindert werden. Letzteres soll hier nicht wie in der soziologischen Klassenanalyse auf die Position auf dem Arbeitsmarkt, sondern auf den Bereich der Politik liberaler Demokratien bezogen werden.

## 5 Anmerkungen zur methodischen Herangehensweise

Vor diesem Hintergrund sind methodologische Vorüberlegungen notwendig, die im Folgenden entlang der Zielsetzung dieser Arbeit vorgestellt werden. Ich werde dabei auf drei paradigmatische Spannungsfelder der Methodologie politischer Ideengeschichte eingehen und in diesem Zusammenhang den Blick darauf schärfen, welches Ziel diese Arbeit verfolgt. Dieses Ziel lautet, die *institutionellen Aspekte* im ideengeschichtlichen<sup>37</sup> Kanon der liberalen Demokratietheorie im Hinblick

35 In diesem Sinne werde ich die sozioökonomische Erforschung von Klassenverhältnissen nach dem Prinzip der Chancenhortung um eine Analyse der *politischen* Chancenhortung erweitern.

36 Ich spreche darüber hinaus von Klassen im Plural, weil sich ein klarer und allgemeiner Klassenbegriff nicht aus den Schriften der untersuchten Autoren gleichermaßen herausarbeiten lässt. Darüber hinaus gibt es immer wieder Unterscheidungen im »unteren« Bereich des Klassenschemas, wie etwa die Unterscheidung Industrie- und Lumpenproletariat bei Marx oder die Unterscheidung von nach »niederer« und »unterer« Klasse, die Wright für den Klassenanalyse-Ansatz der »individuellen Attribute« nennt (vgl. ebd.: 14).

37 Der Begriff der »Ideengeschichte« wurde in der Vergangenheit vielfach kritisiert. Oft stand dahinter der an die Adresse von Friedrich Meinecke, Leo Strauss und Arthur O. Lovejoy gerichtete Vorwurf, den Einfluss von Ideen überzubewerten oder sie unzulässig transhistorisch zu universalisieren (vgl. Münkler/Straßenberger 2016: 20). Dementsprechend wurden ihnen immer wieder alternative Begriffe wie »politische Theoriengeschichte« (Bermbach) oder Geschichte »politischen Denkens« (Ottmann) gegenübergestellt. In Bezug auf die Auseinandersetzung mit politischen Institutionen vor dem Hintergrund einer bestimmten Leitidee möchte ich dennoch von der politischen Ideengeschichte sprechen, ohne freilich dabei den Einfluss von Ideen zu überschätzen oder ihre Bezugspunkte historisch zu transzendieren. Wenn

auf Ermöglichungen und Einschränkungen gleicher und effektiver Partizipation zu beleuchten. Der Fokus liegt dabei auf der »Institutionenpolitik«, mit der theoretische Erkenntnisse und politische Überzeugungen in einer politisch intervenierenden Stellungnahme zusammenfließen. Diese sollen einer dezidiert *kritischen* Analyse unterzogen werden, die Rückschlüsse sowohl auf die Theorie und den Begriff der liberalen Demokratie als auch auf deren heutige Probleme erlaubt. Ich werde im Folgenden zeigen, wie sich der kritische Anspruch dieser Arbeit anhand der Verortung innerhalb der drei methodischen Spannungsfelder begründen lässt.<sup>38</sup>

Das erste Spannungsfeld entsteht anhand der Frage des zu untersuchenden Materials: Sollte man sich auf wenige »kanonische« Texte beziehen oder eher viele Autor:innen berücksichtigen, um damit die Breite des politiktheoretischen Diskurses in der entsprechenden Zeit besser zu erfassen? Das zweite Spannungsfeld hat Richard Rorty (1984) mit der Gegenüberstellung von »historischer« und »rationaler« Rekonstruktion charakterisiert: Kann man »überzeitliche« Ideen identifizieren und damit auch die Werke klassischer Autor:innen zur Bewältigung gegenwärtiger Probleme heranziehen? Das dritte Spannungsfeld ergibt sich aus dem zweiten: Wenn von einer rein ahistorischen rationalen Rekonstruktion abgesehen wird, ist die Frage, welche historischen Kontexte einbezogen werden, um den Bedeutungsgehalt einer Theorie zu erschließen. Sind es die diskursiven intellektuellen Kontexte oder, wie die marxistisch orientierte Forschung hervorhebt, die sozioökonomischen, »materiellen« Hintergründe? Mit der Positionierung der methodischen Grundlagen dieser Arbeit innerhalb der drei Spannungsfelder werde ich zeigen, an welche Positionen der jeweiligen Ansätze ich anschließe. Mit dem (selektiven) Rückgriff auf das Konzept der Genealogie, werde ich dabei einen Ansatz entwickeln, der die strenge Gebundenheit von politischen Theorien, Ideen und institutionenpolitischen Tätigkeiten an ihren historischen Kontext im Sinne der historischen Rekonstruktion auflöst, ohne den ahistorischen Mythologien einer klassischen »Ideengeschichte« zu verfallen.

Die Beschränkung auf kanonische Texte gilt als der »klassische« Zugang. Herzuheben ist in diesem Zusammenhang die »Ideengeschichte« Friedrich Meine-

---

Bermbach davon ausgeht, dass der Begriff der Ideengeschichte aufgrund der Suggestionen problematisch ist, dass sie nur von Autoren ausgehe, nur werkimanente Interpretationen vornehme und an die Aktualisierungsmöglichkeit überzeitlicher Ideen glaube (vgl. Bermbach 1981: 182ff.), betrachte ich nur die beiden letzten Punkte als problematisch – zumal andere Autoren die unter dem Begriff der politischen Ideengeschichte subsumierten Texte ausdrücklich »einschließlich ihres historischen und politisch-sozialen Kontextes, in dem diese entstanden sind und wirksam wurden« (Höll 1995: 236) verstehen. Hier soll es, wie bei Bermbach, zwar auch um Theorien, aber ebenso um den Versuch der politischen Umsetzung der enthaltenen Leitideen gehen.

38 Das sind nicht die einzigen, aber die für diese Arbeit wichtigen Spannungsfelder. Für einen aktuellen Überblick von Methoden und Ansätzen siehe Busen/Weiß (2013).

ckes, der von folgendem Grundsatz ausging: Die »Untersuchung politischer Gedanken darf niemals losgelöst werden von den großen Persönlichkeiten, den schöpferischen Denkern« (Meinecke 1928: 20). Nur in dieser »hochgelegenen Quelle« (ebd.) seien jene Ideen zu finden, die in der Lage seien, die Geschichte anzutreiben. Einen ähnlich idealistischen Fokus auf Ideen und ihre Wirkung verfolgt Arthur O. Lovejoy mit der Erforschung von »Elementarideen«, denen er überzeitlichen Charakter zuspricht: Ihm zufolge tauchen bestimmte Gedanken an verschiedenen Stellen der geistigen Welt immer wieder auf, weshalb es die Aufgabe der Ideengeschichte sei, darunter diese Elementarideen zu isolieren, und sie dann durch alle Bereiche der menschlichen Geschichte zu verfolgen (vgl. Lovejoy 2010: 52f.). An der Auffassung eines engen Kanons wie auch der überzeitlichen Geltung politischer Ideen hat sich im 20. Jahrhundert wiederholt heftige Kritik entzündet. Während die Vertreter:innen der *Cambridge School* vor allem die Überzeitlichkeit der Ideen nach der Auffassung Lovejoys kritisieren, hat sich im deutschen Kontext unter Federführung von Hans Rosenberg eine Ideengeschichtsschreibung etabliert, die explizit anstrebt, »eine ›aristokratische‹ Betrachtungsweise des Kulturlebens durch eine ›demokratische‹ zu ergänzen« (Rosenberg 1972: 10). Die wirklich bedeutenden historischen Zeugnisse seien in diesem Paradigma in den »dicht bevölkerten flachen Niederungen« (ebd.) der Ideengeschichte, wie etwa der öffentlichen Meinung, zu finden.

Nun ist es hier nicht das Ziel, eine »aristokratische« Ideengeschichte zu schreiben, wie sie Rosenberg seinem akademischen Lehrer Meinecke vorwirft. Wenn gleich auch in dieser Arbeit eine kritische Auseinandersetzung mit dem Kanon erfolgen soll, geschieht dies nicht, indem dem der bestehende Kanon alternativen Quellen gegenübergestellt wird, sondern über eine *interne* kritische Auseinandersetzung mit einigen seiner Protagonisten. Ich gehe vielmehr davon aus, dass »der Rekurs auf kanonische Texte ein Kernstück unserer Praxis der theoretischen Weltorientierung« (Lottes 1996: 29) darstellt, weil so »die Vergegenwärtigung eines Stücks unseres kulturellen Gedächtnisses« (ebd.) ermöglicht wird. Es geht hier explizit darum, das politische Denken über Institutionen jener kanonischen Autoren zu erfassen, die die Theorie und Praxis der liberalen Demokratie maßgeblich geprägt haben. Zudem kann man mit einer Arbeit, die nach einzelnen kanonisierten Autoren strukturiert ist, besser nachvollziehen, welche politischen Auseinandersetzungen und Proteste sie wahrnehmen, wie sie sich dazu positionieren und welchen praktischen Umgang damit sie in ihrer Institutionenpolitik entwickeln.

Mit dem Fokus auf die politischen Auseinandersetzungen zur Zeit der Entstehung einer Theorie befindet man sich bereits inmitten des zweiten Spannungsfeldes, das Rorty mit der Gegenüberstellung von »historischer« und »rationaler Rekonstruktion« beschrieben hat. Politische Ideen und Theorien können nämlich einerseits in ihrer Einbettung in den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Kontext primär *historisch* begriffen werden, etwa als Intervention in eine bestimmte Debatte zu einer bestimmten Zeit. Andererseits können sie zur Lösung gegenwärtiger

Fragen und Antworten aufbereitet und analysiert werden. Die politische Ideengeschichte befindet sich demnach – polemisch gesprochen – in einem Dilemma zwischen naiver Aktualisierung und reiner Historisierung (vgl. Rorty 1984: 49) ihres Gegegenstands. Mit ersterem wird der Ansatz von Lovejoy verbunden, der in der Geschichte politischer Ideen eine »Kette von Wesen« sieht, deren Bedeutung transhistorisch übertragbar sei (vgl. Lovejoy 2010: 52).

Die einflussreichste Strömung, die eine »historische Rekonstruktion« verfolgt, ist die von John G.A. Pocock und Quentin Skinner begründete *Cambridge School*.<sup>39</sup> Während Pocock die politische Ideengeschichte in erster Linie über die jeweiligen historischen politischen Sprachen und Sprechakte erschließt (vgl. Pocock 2010: 130), geht es Skinner dezidiert darum, ideengeschichtliche Texte in ihrer konkreten Performativität zu begreifen: Diese seien dabei nicht als Beitrag zu einer übergeschichtlichen Wesenskette, sondern als konkrete Interventionen in die politischen Debatten der jeweiligen Zeit zu begreifen. Vor diesem Hintergrund geht Skinner hart mit der politischen Ideengeschichte seiner Zeit und insbesondere mit Lovejoy ins Gericht: Diese seien durch die »unbewusste Anwendung von Paradigmen beeinträchtigt« (Skinner 2010: 26). Skinner spricht in diesem Zusammenhang von »Mythologien«. Der Lovejoy-Schule wirft er eine anachronistische Lesart politischer Ideen vor, wenn etwa behauptet wird, ein bestimmter Denker hätte zu einem heute diskutierten Theoriestrang beigetragen, den er zu seinen Lebzeiten noch gar nicht gekannt haben könne (vgl. ebd.: 27f.). Ebenso wenig sei es zulässig, zufällige Bemerkungen einer Autor:in zu einer kohärenten Lehre zu verschmelzen (vgl. ebd.: 39ff.) oder zu behaupten, es werde eine bestimmte Idee »vorweggenommen« (vgl. ebd.: 46). Diese Mythologien entstünden immer dann, »wenn ein Ideengeschichtler vorgefertigte Paradigmen an sein Material heranträgt« (ebd.: 54).<sup>40</sup>

Wann immer die Frage nach der Kontextualisierung historischer politischer Theorien aufkommt, muss geklärt werden, welche Kontextualisierung angestrebt wird. Während die *Cambridge School* die Einordnung in die diskursiven Kontexte von Texten betont, gehen materialistische Ansätze davon aus, dass die sozialen und ökonomischen Hintergründe stärker einbezogen werden müssen. Mit anderen Worten: Ist in diesem dritten Spannungsfeld eine gesellschaftliche und materielle Einordnung oder eine Verortung der jeweiligen Texte im Begriffs-, Sprach- und Debattenkontext wichtiger? Für das Ziel dieser Arbeit sind beide Punkte notwendig, um die Argumentation historisch abzusichern. Dabei ist das Ziel aber weder

<sup>39</sup> Einen Überblick über die theoretischen Grundlagen, Verdienste und Defizite der *Cambridge School* geben Rosa (1994) und Asbach (2002).

<sup>40</sup> Für Rorty liegt bei der Unvereinbarkeit dieser beiden Ansätze letztendlich kein Dilemma vor: Beide Herangehensweisen hätten ihre Berechtigung, sofern man sie voneinander trenne – diese Trennung entspreche schließlich auch der disziplinären zwischen Geschichtswissenschaft und Philosophie (vgl. Rorty 1984: 49).

die vollständige Einbettung der Beiträge eines Autors in den Kontext sämtlicher intellektueller und politischer Debatten seiner Zeit, um die Beeinflussungen durch andere und Einflüsse auf andere nachzuzeichnen, noch die alleinige Rückführung der politischen Ideen auf die materiellen Bedingungen der jeweiligen gesellschaftlichen Situation.

Die Ausleuchtung des intellektuellen Kontexts politiktheoretischer Texte wird vor allem von den Anhänger:innen der *Cambridge School* praktiziert: Bei der Untersuchung politischer Sprachen nach Pocock steht sie im Zentrum und für Skinner ist sie notwendig, um den Gehalt von Sprechakten im intellektuellen Diskurs auszumachen (vgl. Asbach 2002: 643). Dies muss auch hier berücksichtigt werden, denn es ist nicht unerheblich, wie ein institutionenpolitischer Vorschlag eines Demokratietheoretikers im diskursiven Kontext seiner Zeit positioniert ist: Ob er sich auf bestimmte Traditionen beruft, in welcher Weise er Originalität beanspruchen kann oder gegen welche anderen kursierenden Ideen er sich wendet, zeigt erst die Verortung eines Autors in der politisch-intellektuellen Gemengelage, in die er mit seinen demokratietheoretischen und institutionenpolitischen Äußerungen interveniert. Zugleich darf sich die Kontextualisierung aber auch nicht auf den diskursiven Bereich beschränken. Erst unter Einbezug breiterer historischer Kontexte in sozialer, ökonomischer, institutioneller und gesellschaftsstruktureller Hinsicht kann die Funktion bestimmter Äußerungen nachvollzogen werden (vgl. Asbach 2002: 659).

Eine Einordnung politiktheoretischer Texte nach dem sozialhistorischen Kontext ist vor allem in der marxistisch orientierten Geschichts- und Gesellschaftswissenschaft anzutreffen. So wird eine solche Kontextualisierung schon von Marx angemahnt, der – in seinen Frühschriften in radikaler Weise – den Status von politischem Denken den materiellen Lebensbedingungen unterordnet: »Auch die Neubildungen im Gehirn der Menschen sind notwendige Sublimate ihres materiellen, empirisch konstatierbaren und an materielle Voraussetzungen geknüpften Lebensprozesses.« (MEW 3: 26) Gesellschaftliche Praxis könne demnach nicht aus den sie begründenden Ideen heraus, sondern nur aus dieser selbst erklärt werden (vgl. ebd.: 38). In der Extremform wurden Ideen in marxistischen Kreisen daher schlicht einem bestimmten Klasseninteresse im Sinne der Entlarvung ihres ideologischen Charakters zugeordnet.<sup>41</sup> Mittlerweile hat sich eine differenziertere Form

<sup>41</sup> Materialistisch meint hier, wie Bermbach betont, nicht ein »vulgär-marxistisches« Verfahren der Zurechnung von politischen Ideen zu bestimmten sozialen Trägergruppen, sondern eine differenzierte Analyse des Verhältnisses der Produktion von Theorien mit der Herausbildung bestimmter Gesellschaftsformen (vgl. Bermbach 1991b: 329, kritisch dazu auch Gerstenberger 1984: 165). Wenn also in dieser Arbeit auf die Zugehörigkeit der thematisierten Autoren zu bürgerlichen oder aristokratischen Klassen hingewiesen wird, ist dies nicht als Versuch der Diskreditierung zu verstehen, sondern als Beitrag zur Erhellung dieses Zusammenhangs.

marxistisch inspirierter materialistischer Ideengeschichtsschreibung etabliert, die die »Erklärung des sozialen Konstitutionszusammenhangs« (Gerstenberger 1984: 163) einer Theorie zum Ziel hat.

Die materialistischen Ansätze eint die Prämisse, dass die Interpretation historischer politischer Theorien unter Rückgriff auf ihren sozial-historischen Entstehungszusammenhang erfolgen müsse (vgl. Bermbach 1981: 185), da »erst im Zusammenhang mit den betreffenden Herrschafts- und Eigentumsverhältnissen [...] Reflexionskategorien wie Legitimität, Emanzipation und Gemeinwohl ihre volle Bedeutung« (Röhrich 1979: 12) gewinnen. Gerstenberger stellt hier drei Abstraktionsebenen vor, auf denen die sozialhistorischen Kontexte berücksichtigt werden: die Grundstrukturen der gesellschaftlichen Formation (1), besondere Ausprägungen derselben, wie etwa die Entstehung von Gewerkschaften (2) und schließlich konkrete soziale und politische Auseinandersetzungen (3) (vgl. Gerstenberger 1984: 163). Ich schließe insbesondere an die zweite und dritte Abstraktionsebene an, indem ich die jeweiligen Demokratietheorien und institutionenpolitischen Vorschläge der drei Autoren an die jeweiligen politischen Verhältnisse und Institutionen sowie an bestimmte historische Konflikte, in die sie intervenierten, rückbinde. Ihren institutionellen »Ideen« wird damit eine größere Relevanz zugeschrieben als im orthodoxen Marxismus. Gegenüber einer »idealistischen« Ideengeschichtsschreibung (Lovejoy) und einer sprach- und diskurshistorischen wie bei der *Cambridge School* wird hier hervorgehoben, dass die Theorien und Ideen nicht unabhängig von gesellschaftlichen Entwicklungen und sozialen Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Klassen stattfinden.

Was die rationale Rekonstruktion betrifft, hat Skinner auf wichtige Fallstricke der Erforschung der politischen Ideengeschichte hingewiesen. Auch wenn die vorliegende Arbeit keine Studie »à la Skinner« sein soll, behalten seine Einwände gegenüber allzu direkten Aktualisierungen historischer Texte auch hier ihre Geltung. So haben die drei Autoren, von denen hier die Rede sein wird, selbstverständlich nicht die liberale Demokratietheorie der Gegenwart vor Augen gehabt oder gar diesen Begriff als Bezeichnung ihres politiktheoretischen Ansatzes verwendet. Ebenso wenig können sie direkt zur Erklärung der politischen Ungleichheit im 21. Jahrhundert beitragen. Skinners Ansatz erweist sich für diese Arbeit insofern angeschlussfähig, als dass er den »Interventionscharakter« der Texte in der politischen Ideengeschichte betont – was hier anhand der institutionenpolitischen Äußerungen der jeweiligen Autoren explizit gemacht werden soll. Eine »rationale Rekonstruktion«<sup>42</sup> im Sinne einer ahistorisch-unmittelbaren Auseinandersetzung mit den »Ideen« bestimmter

---

42 Vertiefend dazu Poser (1971) und Bühler (2002). Dieses Begriffsverständnis ist ähnlich, aber nicht zu verwechseln mit der Bedeutung, die der Begriff bei Habermas aufweist (vgl. Habermas 1983).

politischer Denker entspricht ohnehin nicht dem Ziel dieser Arbeit, die mit dem institutionenpolitischen Fokus explizit auf den Interventionscharakter theoretischer Äußerungen eingeht. Die historische Rekonstruktion folgt aber ebenso wenig dem Schema der Cambridge School, da ich mich Skinners Warnungen explizit widersetze: Mit der liberalen Demokratie und ihrer Theorie gehe ich von einem Paradigma aus, das die jeweiligen Autoren nicht bewusst geprägt haben (können) und stelle somit einen in Skinners Augen unzulänglich begründeten Zusammenhang zwischen diesen her. Mein Ansatz ist, dass diese Autoren das liberaldemokratische Paradigma geprägt haben – gerade *indem*<sup>43</sup> sie in bestimmte politische Debatten intervenierten. Das entspricht vielleicht nicht unbedingt ihrer Intention. Diese ist aber für die Ideengeschichte der liberalen Demokratie kaum von Relevanz.<sup>44</sup>

Mein Vorgehen folgt stattdessen einer Methodologie, die »gerade aus dem historischen Abstand, der wechselseitigen Überprüfung von Gegenwart und Vergangenheit, den Funken der Kritik zu schlagen« (Weißpflug 2013: 239) anstrebt. Dazu greife ich auf den Begriff der *Genealogie* zurück – der hier freilich nicht als vollwertige »Methode« verstanden wird, sondern zunächst als »vague and general concept« (Bevir 2008: 264) dient. Die Kernidee einer genealogischen Untersuchung ist die Annahme, dass politische Ideen gerade deswegen bedeutsam sind, weil ihre Geschichte ein kritischer Beitrag zu vorherrschenden Handlungsmustern ist (vgl. Llanque 2017: 175). Die Genese eines Begriffs oder einer Institution zu kennen – ihre aus heutiger Sicht oft als zufällig wahrgenommene Entstehung – schafft somit ein Bewusstsein von der Kontingenz derselben. Ich folge hier also einer weiter gefassten Auslegung des Begriffs, die darunter weder eine Genealogie »nach Nietzsche« oder »nach Foucault«, sondern ganz allgemein ein »historical narrative that explains an aspect of

43 In diesem Sinne wurde Skinners Ansatz auch zuvor kritisiert: So weist Asbach darauf hin, dass die *Cambridge School* drohe, »selbst einem neuen Reduktionismus zu verfallen, der die politischen Ideen nur mehr als bloße Elemente historisch spezifischer Sprechakte in den Blick bekommt« (Asbach 2002: 655) und dass die theoretischen Texte selbst bereits – auch ihrem eigenen Anspruch nach – ein Moment der Allgemeinheit beinhalten, dass über den spezifischen Kontext hinausgeht (vgl. ebd.: 658). Gordon betont, dass diese Form von Kontextualismus kritische Auseinandersetzungen blockiert: Indem eine solche Ideengeschichtsschreibung jegliche Verbindung zwischen ihren Gegenständen und der heutigen Zeit ausblende, verkomme sie zu einer Bestätigung des gesellschaftlichen Status quo (»ideological self-satisfaction«) (vgl. Gordon 2014: 48). Die Vergangenheit dürfe nicht als »closed world« (ebd.: 49) behandelt werden, da die Bedeutungen, die historische politische Ideen und Theorien enthielten, sich nicht in ihrem historischen Kontext erschöpften (vgl. ebd.: 47).

44 Eine Erforschung der »wahren Intentionen« eines Autoren politiktheoretischer Texte ist allein schon aufgrund der Tatsache, dass man seine Innenleben psychologisch ergründen müsste, keine Option. Über die diversen Fallstricke eines solchen Vorhabens berichtet am Beispiel Rousseau Asbach (2011: 133–138). Vielmehr geht es darum, die von ihm geäußerten politischen Theorien und Ideen angemessen zu verstehen.

human life by showing how it came into being» (Bevir 2008: 263) versteht.<sup>45</sup> Ziel der Genealogie ist dabei die »Freilegung nicht eines, sondern aller möglichen Ursprünge einer Idee« (Llanque 2017: 174). Vor diesem Hintergrund ist diese Arbeit nicht als vollständige genealogische Untersuchung, sondern als ein Beitrag (vgl. ebd.: 185f.) zur Genealogie der liberalen Demokratietheorie und ihrer politischen Institutionen zu verstehen: So ist die Einhegung der politischen Macht der »unteren Klassen« ebenso wenig das einzige Motiv bei der Begründung der liberalen Demokratietheorie, wie diese sich auch nicht allein auf die Auseinandersetzung mit politischen Institutionen begründet.

Ihre Attraktivität gewinnt die genealogisch inspirierte Herangehensweise durch den kritischen Impuls ihres Verfahrens: Wie Saar argumentiert, erschüttern genealogische Verfahren ein Konzept in seiner Geltung durch Historisierung und Kontextualisierung (vgl. Saar 2013: 248), indem seine Verstricktheit in Auseinandersetzungen um politische Macht sichtbar gemacht wird. Dies könnte einen Prozess in Gang setzen, der möglicherweise, wenn auch nicht notwendig, zur Transformation von Handlungen führe (vgl. Saar 2007: 15). Insofern soll in dieser Arbeit gezeigt werden, wie die Entwürfe politischer Institutionen der drei zentralen liberalen Demokratietheoretiker die »Verstrickung« dieser Autoren in den Kampf um politische Macht offen legen. Mit der Orientierung am genealogischen Ansatz kann so der Bedeutungshorizont der liberalen Demokratietheorie und in begrenztem Umfang auch der liberalen Demokratie selbst, um einen kritischen Aspekt erweitert werden.<sup>46</sup> Der Rückgriff auf ein genealogisches Konzept stellt so eine Verknüpfung

---

45 Generell wird zwischen einem »englischen« und einem »französischen« Strang der Genealogie unterschieden. Während der englische Strang, wie bei Williams oder beim späten Skinner, dabei die Erweiterung von Bedeutungsvarianten eines Begriffes anstrebt, ist der von Foucault begründete französische Strang durch sein kritisches Motiv geprägt (vgl. Llanque 2017: 176f.). Foucault wird damit eine Verfeinerung des Arsenals der Genealogie zugeschrieben (vgl. Saar 2007: 160). Ihm geht es um die philosophische Betrachtung eines historischen Ereignisses, um die Entstehung eines *Diskurses* (vgl. Geuss 2003: 145). Während der kritische Impuls, die Machtverstrickung einflussreicher politischer Ideen aufzudecken, hier eher dem Ansatz von Foucault (vgl. Foucault 2002: 172) ähnelt, unterscheidet sich der Ansatz dieser Arbeit unter anderem im Fokus auf Einzelautoren statt auf Diskurse von der genealogischen Methode Foucaults (vgl. Foucault 1973: 198ff., Foucault 2010).

46 Wie oft kritisiert worden ist, erweise sich die Reichweite des genealogischen Ansatzes daher als begrenzt: Sie kann nur den Ursprung und die Entwicklung einer spezifischen Form von Demokratie mitsamt der entsprechenden Theorietradition zeigen, dabei aber wenig zu alternativen Ansätzen der Institutionalisierung beitragen. Dass die Genealogie versucht, die »Gefangenheit« in einem Bild oder einer Idee aufzulösen, ohne dabei ein Urteil über die Wahrheit oder Unwahrheit des Bildes zu fällen (vgl. Owen 2003: 125f.), kann ihr je nach Perspektive als Vor- oder Nachteil ausgelegt werden. Honneth spricht der Genealogie nach Foucault zwar die Errungenschaft zu, dass sie zeigt, wie ein normatives Ideal sich in die »soziale Praxis einer entwürdigenden Disziplin« (Honneth 2000: 732) verwandeln kann, weist aber zugleich darauf hin, dass sie eine »ideologiekritische« Konfrontation der Idee mit der Wirklichkeit nicht

her, die die strenge Gebundenheit von politischen Theorien, Ideen und institutio-  
nenpolitischen Tätigkeiten an ihren historischen Kontext im Sinne der historischen  
Rekonstruktion auflöst, ohne dabei vollends den von Skinner zurecht kritisierten  
»Mythologien« einer klassischen Ideengeschichte zu verfallen. So kann die Begrün-  
dung liberaler Theorien der Demokratie zur Zeit ihrer Entstehung als Beitrag zur  
Prägung eines Paradigmas untersucht werden, das in seinen Grundzügen bis heute  
fortwirkt.

In der folgenden Darstellung des Aufbaus der Arbeit werde ich zunächst begrün-  
den, warum auf Grundlage dieser methodischen Überlegungen die Autorenauswahl  
auf Alexis de Tocqueville, John Stuart Mill und Max Weber erfolgt ist und inwie-  
fern die Beiträge der drei Referenzautoren auch als Reflexionen bestimmter Ent-  
wicklungsstufen der liberalen Demokratie gelten, in deren Konstitution sie verwi-  
ckelt sind: So prägen sie einerseits die intellektuelle Begründung des theoretischen  
Paradigmas wie auch die praktische Institutionalisierung der liberalen Demokratie  
und reflektieren dabei zugleich die historische Abfolge liberaler Demokratisie-  
rungsschritte.<sup>47</sup>

## 6 Vorgehen und Aufbau

Aufbauend auf die genannten methodischen Vorüberlegungen, die Zielsetzung  
und die Thesen soll diese Studie anhand der Theorien der drei Referenzautoren  
sowie der jeweiligen Entwicklungsstadien der liberalen Demokratie strukturiert  
werden. Vorab zu klären ist aber die Frage, warum gerade Tocqueville, Mill und  
Weber die zentralen Referenzautoren für die Untersuchung der Begründung der  
liberalen Demokratietheorie im Modus defensiver Demokratisierung sind. Vor  
dem Hintergrund der Zielsetzung dieser Studie und der oben erläuterten metho-  
dischen Herangehensweise ergeben sich für die Autorenauswahl insgesamt drei  
Kriterien: *Erstens* müssen sie in den Kanon der liberalen Demokratietheorie ein-  
geordnet werden können – dazu gehört sowohl die Zugehörigkeit zum Kanon der  
Demokratietheorie als auch die Verortung in der liberalen Denktradition.<sup>48</sup> *Zweitens*

---

leisten kann. Auch Llanque bemängelt in diesem Zusammenhang, wenn auch aus einer an-  
deren Perspektive, die Unfähigkeit, eine konstruktive Position zu beziehen (vgl. Llanque 2017:  
178). Dies ist aber dezidiert kein Ziel dieser Arbeit. Vielmehr möchte ich ein Bewusstsein da-  
für schaffen, dass die Versuche von kanonisierten Autoren der politischen Ideengeschichte,  
die Idee der Demokratie über politische Institutionen praktisch umzusetzen, einen *bias* hin-  
sichtlich der durch Institutionen ermöglichten Partizipationschancen aufweisen.

- 47 Münkler und Straßenberger sprechen hierbei vom »Challenge-and-Response-Ansatz« (Mün-  
kler und Straßenberger 2016: 21f.)
- 48 Eine ausführliche Auseinandersetzung mit möglichen Einwänden gegenüber diesen Einord-  
nungen erfolgt jeweils am Anfang des Teils zu dem entsprechenden Autoren.